

„Wir nerven und tun gerade richtig weh“

Umweltaktivistin Sonja Manderbach erklärt, warum sich Menschen auf Straßen festkleben



Sonja Manderbach, Jahrgang 1977, hat Philosophie- und Kulturwissenschaften studiert. Die 45-Jährige arbeitet als Bildungsreferentin und ist als Kirchenmusikerin und Chorleiterin tätig.

Frau Manderbach, welche Ziele verfolgt die „Letzte Generation“?

Sonja Manderbach: Wir beziehen uns auf wissenschaftliche Berichte wie den des Weltklimarates, die besagen, dass wir noch ungefähr zwei bis drei Jahre Zeit haben, tatsächlich etwas gegen die Klimakatastrophe zu unternehmen. Wir rasen in die Katastrophe, und zwar führungslos. Der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber hat gesagt: „Wir setzen unsere Kinder in einen globalen Schulbus, der mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit tödlich verunglückt.“ Unsere Motivation ist es, dass „Weiter so“ zu beenden, das uns in diese Katastrophe führt.

Was fordern Sie dafür?

Wir fordern von der Regierung, dass sofort wirklich effektive Maßnahmen eingeleitet werden. Dass nicht mehr nur geredet und diskutiert und ein bisschen was beschlossen wird. Wir brauchen einen Notfallplan zum Klimaschutz. Es muss anerkannt werden, dass die Klimakatastrophe schon begonnen hat. Hier brauchen wir einen Riesenkonsens.

Was voraussetzen würde, viele Menschen zu überzeugen. Glauben Sie, dass Ihnen das gelingt, indem Sie wie vergangenen Montag in Bremen stundenlang den Verkehr lahmlegen?

Die Welt brennt. Dafür brauchen wir einen Feueralarm. Und das ist etwas anderes als Infostände in der Fußgängerzone, wie wir sie die letzten 40 Jahre hatten. Wenn bei mir nachts jemand klingelt, nervt mich das. Aber wenn der mir dann sagt: „Ihr Haus brennt ab und wenn sie jetzt nicht handeln, brennen sie im Schlaf mit ab“, dann ist das der Alarm, den ich brauche. So ein Feueralarm ist meist nervtötend, weil er mich vielleicht von der Arbeit abhält und mir gerade nicht passt. Aber das ist, was wir machen: Wir stören und nerven und tun gerade richtig weh.

Hinkt das Bild von der Feuerwehr nicht gewaltig? Wenn Sie sich mit den Händen auf die Straße kleben, greifen Sie massiv in den Arbeitsalltag vieler Menschen ein. Da bedankt sich hinterher sicher keiner für die Warnung. In der Regel sind die Betroffenen stinksauer.

Es geht nicht um die Feuerwehr, die unser Haus löscht. Es geht um den schrillen, nervtötenden Alarm. Den können Sie nicht ignorieren. Wir sind der Feueralarm, nicht die Feuerwehr.

Was sagen Sie denen, die sie nerven? Sie wollen doch Menschen von ihrer Sache überzeugen. Indem Sie sie erst mal massiv verärgern?

Ich habe absolutes Verständnis für die Menschen auf der Straße. Klar, man ärgert sich. Vor allem, wenn man es für einen Fehlalarm hält. Ich sitze ja da auf der Straße, weil ich alles andere schon versucht habe – Petitionen, Demos, Infostände, Bildungsarbeit... Und weil ich den Bericht des Weltklimarates kenne. Und zwar seit über 20 Jahren. Das gilt natürlich nicht für alle die, die da im Auto sitzen. Deshalb das Bild mit dem Feueralarm. Wir warnen die Menschen, die noch nicht bemerkt haben, dass es brennt und denken, dass sie ihren Alltag weiterleben können.

Und Sie glauben, dass das wirklich etwas bewirkt?

Auch wenn mich das stört und ich das nicht wahrhaben will, ist das die Methode, die mich auf das Problem aufmerksam macht. Sobald ich begriffen habe, dass es wirklich brennt, mache ich nicht weiter wie bisher. Ich gehe aus dem Haus, rette mein Kind und Sorge dafür, dass gelöscht wird. Das kann jeder Mensch begreifen: Wir müssen jetzt handeln. Wir können nicht so weitermachen, wie wir es gewohnt sind.



Sitzblockade mit festgeklebten Händen: Die „Letzte Generation“ bei ihrer Aktion am Hochschulring.

FOTOS: PRIVAT

Sie kritisieren Politik und Wirtschaft, sprechen von Führungslosigkeit.

Der Kurs unserer Regierung – jetzt in der Nordsee zu bohren, jetzt Öl aus Katar zu holen, jetzt Fracking-Gas in Betracht zu ziehen – führt in die Katastrophe. Das ist der zentrale Punkt: Die Entscheider und Entscheiderinnen in Politik und Wirtschaft haben bis jetzt keine zielführenden Maßnahmen in die Wege geleitet.

Aber wie wollen Sie denn ohne diese Regierung Ihre Ziele erreichen? Zu den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie gehört es ja schließlich, Mehrheiten für etwas zu gewinnen.

Aber das Klimapaket der Bundesregierung ist verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gesagt. Die Regierung schlägt trotzdem keinen anderen Kurs ein.

Bräuchten Sie nicht Mehrheiten, um diese Regierung unter Druck zu setzen?

Eine unserer Forderungen lautet, zusätzlich zum Parlament Bürgerräte einzuführen. Abgeordnete wollen wiedergewählt werden, das heißt, sie machen permanent Imagepflege, Profilbildung und Wahlkampf. Und für den Fall, dass sie nicht wiedergewählt werden, müssen sie vorher schon schauen, was sich ihnen dann aufbaut. Zum Beispiel ein sehr gut bezahlter Job in der Wirtschaft. Beliebte sein zu wollen, um wiedergewählt zu werden, mit Slogans Menschen zu fangen, macht etwas anderes mit Menschen als wenn ein Bürgerrat als Querschnitt der Gesamtbevölkerung auf Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen hört und dann aufgrund der Faktenlage gute Entscheidungen trifft.

Was machen Sie, wenn der Querschnitt der Bevölkerung nicht Ihrer Meinung ist? Sich zum Beispiel für Fracking oder Atomkraft ausspricht?

Das ist ja nicht der Fall. Es gab so einen Bürgerrat zum Klimaschutz ja schon. Der hat genau die Vorschläge gemacht, die die Wissenschaft richtig fand.

Aber Sie sagen doch, dass ein großer Teil der Bevölkerung immun gegen die Erkenntnisse der Wissenschaft ist?

Nein. Aber eine Mehrheit der Bevölkerung wird mit falschen Parolen und Greenwashing hingehalten. Wir fordern, dass die Politiker und Politikerinnen die Wahrheit sagen: „Wir haben Klimanotstand“ und nicht: „Wir kriegen das hin, wenn wir 2045 klimaneutral werden.“

Werden wir also bewusst von unserer Regierung belogen?

Ja. Weil das beliebter macht.

Eine letzte Frage: Was machen Sie, wenn Sie mit Ihrer Form von Protest, der Blockade von Straßen, nichts erreichen?

Wenn wir es jetzt nicht schaffen, mit zivilem Ungehorsam den Klimakollaps zu verhindern und Klimagerechtigkeit zu erkämpfen, so wie die Suffragetten das Frauenwahlrecht erstritten haben, Gandhi die Unabhängig-



Sonja Manderbachs Hand, nachdem sie von der Straße gelöst wurde.

keit Indiens oder Martin Luther King die Bürgerrechte für Afroamerikaner, dann wird es Kriege um Wasser, Nahrung und andere Ressourcen geben und es wird nicht mehr möglich sein, gewaltfrei miteinander umzugehen.

Die Frage zielte aber nicht nur auf die Folgen der Klimakatastrophe, sondern was ein Scheitern Ihrer heutigen Aktionen für Ihre künftige Arbeit bedeutet. Radikalere Aktionen?

Man sollte nicht immer nur über unsere Methoden reden und darüber, wie weit wir am Ende gehen würden. Die Frage ist doch nicht, ob wir radikaler werden, sondern, in welchem Kontext wir agieren. Was versuchen wir mit unseren Aktionen zu verhindern, warum machen ganz normale Menschen wie wir so etwas? Und vor allem: Was wird am Ende passieren, wenn wir es jetzt nicht schaffen? Wir rasen mit Volldampf ungebremst, mit Ansage und mit grünem Anstrich in die Klimakatastrophe. Ich glaube, was das bedeutet, können sich die meisten Menschen nicht vorstellen. Wissenschaftler aber schon.

Das Gespräch führte Ralf Michel.

Wer ist die „Letzte Generation“?

Seit 2021 gibt es die „Letzte Generation“, ein loser Verbund von Umweltaktivisten, die bundesweit agieren. Ihr Namen leitet sich von einem Satz des deutschen Klimaforschers Stefan Rahmsdorf ab, der angesichts der drastischen Auswirkungen der globalen Erderwärmung sinngemäß sagte, dass die heutige Generation die letzte sei, die die Klimakatastrophe verhindern und damit den Planeten Erde noch retten könne. Bekannt wurde die Gruppe durch einen Hungerstreik vor der Bundestagswahl 2021. Zuletzt gerieten die Aktivisten wiederholt durch die Blockade von Straßen in den Fokus der Öffentlichkeit, wie etwa am 9. Mai in Bremen, als sich drei von ihnen am Autobahnzubringer der Universität mit den Händen auf der Straße festklebten und über Stunden den Verkehr blockierten.

„Horn to be wild“ im August

Festival in Horn-Lehe zum 7. Mal

Horn-Lehe. Nach einem ausverkauften Festival im vergangenen Jahr setzen die Organisatoren von „Horn to be wild“ (HTBW) auch für den kommenden Sommer wieder auf ein coronakonformes Konzept. Mit einem umfangreichen Hygienekonzept, zu dem unter anderem feste Plätze, eine Teststrategie und Kontaktverfolgung zählten, sei das Festival dennoch ein großer Erfolg gewesen, erzählt Festivalsprecherin Rebecka Gödecke. „Die Gäste standen sogar erstmals Schlange, um früh auf dem Gelände sein zu können.“

An diesen Erfolg möchte die Festival-Crew am 20. August mit der siebten Ausgabe vom HTBW anknüpfen. Allerdings wird auch in diesem Jahr die Besucherkapazität vorerst beschränkt: auf 900 Personen. „Die Rasenfläche wird diesmal aber wieder frei begehbar sein, und ob am Veranstaltungstag ein negatives Testergebnis vorgelegt werden muss, wird sich wenige Wochen vor der Veranstaltung zeigen“, sagt Gödecke.

Im vergangenen Jahr habe es zunächst einige Kritik daran gegeben, das Festival trotz Corona stattfinden zu lassen, erzählt die Sprecherin. Die Entscheidung des Teams für das Festival sei am Ende richtig gewesen, betont sie.

Seit 2015 plant das ehrenamtliche Veranstaltungsteam des Jugendkulturvereins Horn das HTBW-Festival. Während die Organisatoren zu Beginn noch zur Schule gingen, sind sie inzwischen alle im Berufsleben angekommen, machen eine Ausbildung oder studieren. Entsprechend groß ist die Hoffnung der Veranstalter, neue junge Mitstreiter für die Vorbereitungen zu finden.

Während das Festival in den vergangenen Jahren fast immer unter einem besonderen Motto stand, ist ein Themen-Schwerpunkt für dieses Jahr vorerst nicht geplant. „Wir wollen unser Hauptaugenmerk erst einmal darauf richten, den bekannten Festivalalltag wieder herzustellen“, erklärt die HTBW-Sprecherin. Ein kleines Rahmenprogramm und ein Imbiss- und Getränke-Angebot seien aber wie gewohnt geplant.

Finanzieren wird sich das HTBW in diesem Jahr neben Sponsoren- und Eintrittsgeldern voraussichtlich wieder mit Unterstützung der Bundesinitiative Neustart Kultur. BRM

Neue Sitzmöbel am Werdersee

Grünflächen werden aufgewertet

Neustadt/Huckelriede. Beliebt und zahlreich von Radfahrern und Fußgängern frequentiert sind die lang gestreckten Grünanlagen, die sich zwischen Buntentorsteinweg und Kleiner Weser erstrecken. Und an der Sitzecke nahe der Roland-Klinik kann man einen wunderbaren Ausblick auf den Werdersee genießen.

Doch nach jahrzehntelanger intensiver Nutzung sind die Sitzmöglichkeiten entlang der Wege in die Jahre gekommen, ebenso wie die gestufte Pflasterfläche am Deichschart. Weiterhin war bisher kein barrierefreier Zugang zum Wasser möglich.

„Im Zuge der Modernisierung werden alle Banksitzplätze mit Abfallbehältern erneuert, und auch der begehrte Sitzplatz unter der markanten Baumgruppe wird mit einer neuen Rundbank ausgestattet“, sagt Kerstin Doty, Pressesprecherin beim Umweltbetrieb Bremen (UBB). Vorbild für die neuen Sitzbänke am Deichschart seien die Bänke im Huckelrieder Park, die in einem charakteristischen Orange gehalten sind, so Kerstin Doty.

Für Radfahrer werden 15 neue Radstellplätze geschaffen, und auch das Kunstwerk „Steingrat“, eine Bodenskulptur, die 1979 im Rahmen eines Bildhauersymposiums entstand, soll eine Aufwertung erfahren. Um Sperrungen in den Sommermonaten Juni und Juli zu verhindern, werden die Bauarbeiten in zwei Abschnitten ausgeführt. JÖH

So erreichen Sie die Lokalredaktion

Ob persönlich, am Telefon oder wie auch immer: Wir freuen uns auf Sie.

Adresse: Martinstraße 43, 28195 Bremen
Telefon: 0421 - 3671 36 90
Mail: lokales@weser-kurier.de
Website: www.weser-kurier.de

Immer auf dem Laufenden

Twitter: twitter.com/weserkurier
Facebook: facebook.com/weser.kurier
Instagram: instagram.com/weser.kurier
Youtube: youtube.com/WESER-KURIER



Ticket-App für den ÖPNV: Fairtiq wird wenig genutzt

VON FELIX WENDLER

Bremen. Im vergangenen Sommer hat der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) die Fairtiq-App als zusätzliche digitale Ticketoption im eigenen Netz eingeführt. Im Gegensatz zu anderen Ticket-Apps müssen Nutzer bei Fairtiq weder Start- noch Zielhaltestelle auswählen – die App erkennt den Standort per GPS-Ortung und wählt die entsprechende Haltestelle aus. Ein Ziel muss bei Fahrtantritt nicht festgelegt werden, ebenso wenig wie eine Preisstufe oder die Art des Tickets.

Bislang wird die App in der Region allerdings nur wenig genutzt. Zwar haben sich laut VBN-Sprecher Eckhard Spliethoff etwa 7300 Kunden registriert – die Zahl der aktiven Nutzer liege aber nur bei 390. Als aktive Nutzer definiert der VBN alle, die innerhalb der vergangenen vier Wochen mindestens eine Fahrt mit der Fairtiq-App gebucht haben. „Das entspricht noch nicht unseren Erwartungen“, so Spliethoff. Um den Bekanntheitsgrad der App zu erhöhen, habe man im April eine Online-Kampagne gestartet. Außerdem werde auf vier Bussen im VBN-Gebiet für Fairtiq geworben. Im Herbst – also

nachdem das bundesweite Neun-Euro-Ticket auslaufen soll – wolle der VBN die Werbung für die App ausbauen.

Seit April können Fairtiq-Nutzer als Zahlungsmittel auch ihre Bankverbindung hinterlegen – die Fahrtkosten werden dann über das SEPA-Lastschriftverfahren (Klarna) abgebucht. Zuvor war ausschließlich eine Zahlung per Kredit- oder Debitkarte möglich. Das war zum Zeitpunkt der Einführung ebenso kritisiert worden wie ein weiteres Manko der App, das weiterhin besteht: Es ist nicht möglich, Tickets für mehrere Fahrgäste zu buchen. Wollen also Eltern mit ihren Kin-

dern fahren, braucht jede Person eine eigene App – oder muss sich anderweitig ein Ticket besorgen.

Grundsätzlich funktioniert die für iOS- und Android-Smartphones verfügbare App so: Wer beispielsweise vom Hauptbahnhof zur Domsheide fahren will, checkt sich mit einem Fingerwisch ein – und wiederholt das Ganze zum Ausloggen, sobald das Fahrzeug verlassen wird. Berechnet wird automatisch der Bestpreis. So wird zum Beispiel bei einer bestimmten Anzahl von Einzelfahrten ein Tagesticket gebucht – ähnlich wie bei einem Bob-Ticket.